

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 9. April 1954

Nummer 15

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Zur lohnpolitischen Situation

*Zwischen der Entwicklung von Löhnen, Arbeitsproduktivität, Sozialprodukt und Verbrauch bestehen bestimmte volkswirtschaftliche Zusammenhänge sowohl struktureller als auch vor allem konjunktureller Art. Die nachfolgenden Ausführungen sollen zur Klärung dieser Zusammenhänge beitragen. Das der Betrachtung zugrunde gelegte Zahlenmaterial basiert im wesentlichen auf den Ergebnissen der vom DIW in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung laufend veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik.*

Das Nettosozialprodukt der Bundesrepublik in der wirtschaftlichen Wiederaufbauperiode der Jahre 1949 bis 1953 ist bekanntlich außerordentlich stark — nominal um rd. 67, real um rd. 62 vH — angewachsen. Die Nettolöhne und -gehälter sind dabei nicht gleichmäßig mit dem Nettosozialprodukt angestiegen. Ihr Anteil am Nettosozialprodukt, der im Jahr 1949 42,6 vH betrug, ist vielmehr bis 1951 auf 38,3 vH abgesunken, dann wieder bis 1953 auf 40,9 vH angestiegen. Diese Entwicklung ist im einzelnen nicht als das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zu werten, sondern sie scheint auf den ersten Blick eine mehr oder weniger zufällige gewesen zu sein, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Bemühungen der Gewerkschaften viel zur immer wieder erfolgenden Anpassung des Lohn- und Gehaltsniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung beigetragen haben.

für den „gerechten“ Lohn zu finden. Vertritt man den Standpunkt, daß der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Nettosozialprodukt stets der gleiche bleiben sollte, dann wird dabei vernachlässigt, daß sich — beispielsweise in den hier betrachteten Jahren — die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ständig vergrößerte, während die Zahl der Selbständigen im großen und ganzen die gleiche blieb. Soll unter diesen Umständen beiden Sozialpartnern in ihrer Gesamtheit die gleiche Einkommensentwicklung zugebilligt werden? Oder man stellt sich auf den Standpunkt, daß die Entwicklung der Durchschnittslöhne proportional der Entwicklung des Nettosozialprodukts je Beschäftigten (einschließlich der Selbständigen) verlaufen sollte. In diesem Fall würde sich unter den in der Bundesrepublik vorliegenden Voraussetzungen eine ständige langsame Erhöhung des Anteils der Nettolöhne und -gehälter am Nettosozialprodukt ergeben. Die Anteile von Unternehmerschaft und Staat hätten entsprechend ständig zurückgehen müssen. Wäre eine solche Entwicklung an sich gerechtfertigt gewesen und — behahendenfalls — in welchem Ausmaß? Es kommt hinzu, daß bei Einschaltung der Preisbewegung, d. h. bei Umstellung der nominalen auf eine reale Rechnung, neue Probleme auftreten, wenn sich auf der einen Seite die im Konsumbereich der Löhne und Gehälter, auf der anderen Seite die im Verwendungsbereich der Einkommen der Selbständigen geltenden Preise unterschiedlich entwickeln<sup>1)</sup>. Ein Weg zur einwandfreien Beantwortung der aufgeworfenen Fragen zeichnet sich zur Zeit noch nicht ab.

Es scheint daher, zumindest für pauschale Überlegungen, am zweckmäßigsten, die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter im Zusammenhang mit einer Analyse sämtlicher Gruppen von Einkommensbeziehern zu betrachten.

Die Basis hierzu bildet die nachstehende Übersicht. Offenbar stand das Absinken des Anteils

Für die Beurteilung der lohnpolitischen Situation wichtige Reihen

Reihe	Einheit	1949	1950	1951	1952	1953
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen . . . . .	Mrd. DM	73,2	83,4	105,5	116,5	122,5
Zahl der Beschäftigten (einschl. Selbständige) . . . . .	Mill.	19,97	20,35	21,05	21,49	22,08
Nettosozialprodukt je Beschäftigten . . . . .	1950=100	89,4	100,0	122,3	132,3	135,4
Nettolöhne und -gehälter . . . . .	Mrd. DM	31,2	34,0	40,4	45,0	50,1
Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer . . . . .	Mill.	13,52	13,90	14,60	15,04	15,63
Nettolöhne u. -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer . . . . .	1950=100	94,3	100,0	118,0	122,3	131,0
Anteil d. Nettolöhne und -gehälter am Nettosozialprodukt . . . . .	vH	42,6	40,8	38,3	38,6	40,9

An sich ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, etwa zur nachträglichen Überprüfung der Lohnentwicklung einen objektiven Maßstab

<sup>1)</sup> Dagegen bleiben die Anteile der verschiedenen Einkommensgruppen am Nettosozialprodukt von einer gleichmäßig verteilten Preiserhöhung bzw. -ermäßigung unberührt.

Die Nettoeinkommen  
in vH des Nettosozialprodukts

	1949	1950	1951	1952	1953
Nettolöhne und -gehälter	42,6	40,8	38,3	38,6	40,9
Sozialeinkommen u. Ruhe- gehälter . . . . .	13,7	15,0	13,1	13,9	14,7
Masseneinkommen . . . . .	56,3	55,8	51,4	52,5	55,6
Nettoeinkommen der Selbst- ständigen und Unter- nehmungen . . . . .	23,5	25,3	27,3	24,3	20,5
davon:					
Entnahmen . . . . .	18,3	17,6	15,1	13,7	13,6
Unverteilte Einkommen	5,2	7,7	12,2	10,6	6,9
Nettoeinkommen der Öffentlichen Hand . . . . .	20,2	18,9	21,3	23,2	23,9
Nettosozialprodukt. . . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
demgegenüber:					
Privater Verbrauch. . . . .	72,1	70,2	63,6	61,7	63,3
Sparung. . . . .	2,5	3,2	2,9	4,5	5,9

der Löhne und Gehälter am Nettosozialprodukt in den Jahren 1949 bis 1951 in engem Zusammenhang mit der außerordentlichen Zunahme der Investitionen in dieser wirtschaftlichen Wiederaufbauperiode. Diese wurden zum überwiegenden Teil „über die Preise“ vom Unternehmer selbst finanziert, wobei die Löhne relativ zurückblieben. Die „unverteilten Einkommen“ der Selbständigen und Unternehmungen sind entsprechend angewachsen. Der umgekehrte Vorgang brachte im Jahr 1953 die Quote der Löhne und Gehälter wieder auf rd. 41 vH, während die von der Wirtschaft bereitgestellten Finanzierungsmittel (ihre „unverteilten Einkommen“) auf rd. 7 vH zurückgingen.

Nun laufen die Nettolöhne und -gehälter (zuzüglich der Sozialeinkommen) im allgemeinen mit

dem privaten Verbrauch, die unverteilten Einkommen der Wirtschaft aber mit den privaten Investitionen parallel, woraus hervorgeht, daß die Verteilung der Einkommen auf die Nettolöhne und -gehälter einerseits und die unverteilten Einkommen der Wirtschaft andererseits weitgehend von der jeweiligen Struktur des Sozialprodukts (Aufteilung nach Verwendungszwecken) abhängt. Ausnahmen von dieser Regel sind natürlich möglich. So brachten die Jahre 1950 und 1953 auf Kosten der Nettolöhne und -gehälter eine Spitze für die Sozialeinkommen, auf der anderen Seite sind die Entnahmen der Selbständigen anteilmäßig ständig zurückgegangen; als Gegenposten haben die Nettoeinkommen der Öffentlichen Hand — abgesehen vom Jahr 1950 — anteilmäßig ständig zugenommen. Ferner ergänzen sich die Sparquote der privaten Haushaltungen und die von den Unternehmungen bereitgestellten Finanzierungsmittel in gewissem Umfang gegenseitig, da sie in ihrer Summe stets der Vermögensbildung von Wirtschaft und Haushaltungen entsprechen müssen. Deshalb hat das Wachsen der Sparquote ab 1952 wesentlich zum Rückgang der unverteilten Einkommen beigetragen. Da zumindest in der nahen Zukunft die in der wirtschaftlichen Wiederaufbauperiode überhöhte Investitionsrate kaum wird beibehalten werden können, wird — gleichbleibende oder gar steigende Sparquote vorausgesetzt — mehr oder weniger zwangsläufig die Quote der Selbständigeneinkommen, insbesondere der unverteilten Einkommen, weiter abnehmen. Ob dies auf absinkendem, gleichbleibendem oder weiter ansteigendem Niveau des Sozialprodukts geschieht, wird weitgehend vom konjunkturell „richtigen“ oder „falschen“ Verhalten aller Beteiligten abhängen.

## Weltrohstoffmärkte im ersten Quartal 1954

Trotz der Unsicherheit über den Verlauf der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in den USA, weist seit nahezu sechs Monaten die Indexziffer für die Preise an den Weltrohstoffmärkten, d. h. den Märkten für Stapelwaren und industrielle Rohstoffe, eine leicht steigende Tendenz auf. Während bis zur Jahreswende die Entwicklung auf den einzelnen Märkten uneinheitlich war und für Januar und Februar eine Fortsetzung des seit der Korea-Hausse nahezu drei Jahre währenden Preisabfalls hatte erwartet werden können, setzte sich nun doch im Laufe des ersten Vierteljahres 1954 bei den meisten Warengruppen eine Festigung der Preise durch.

Wie die verschiedenen Indexreihen zeigen, ist die steigende Tendenz seit der Jahreswende allerdings in erster Linie auf Preiserhöhungen in der Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel zurückzuführen; hier trat die durch starke Diskrepanzen zwischen Verbrauch einerseits und Produktion und Lager andererseits ausgelöste Kaffee- und Kakaopreishausse besonders hervor<sup>1)</sup>.

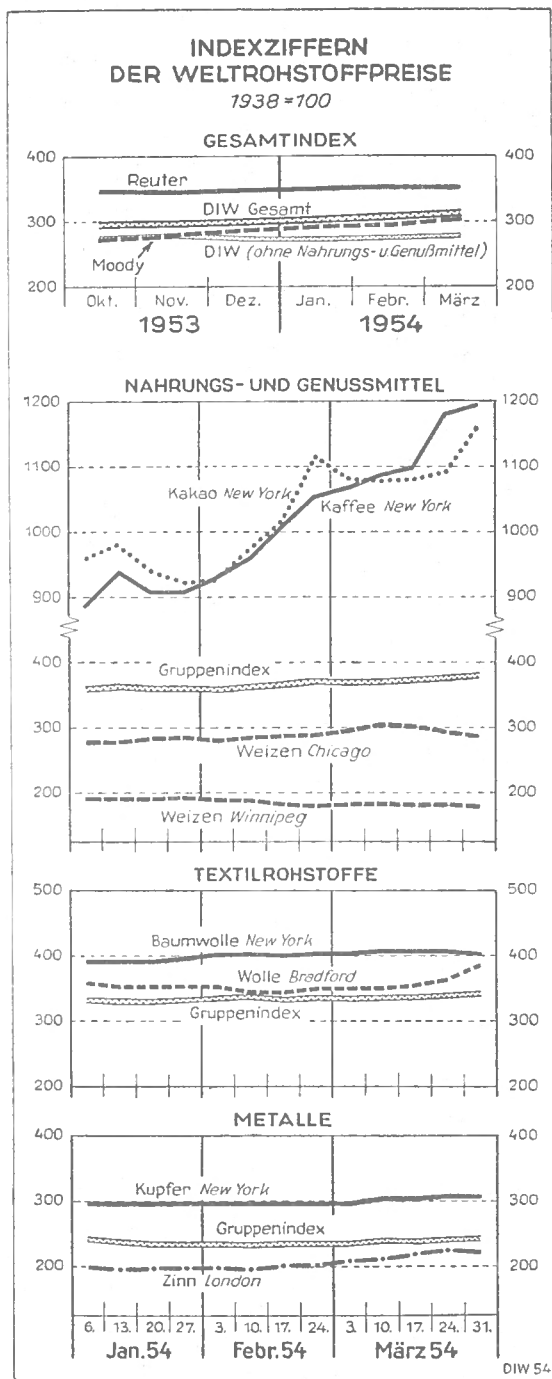
Auf den Märkten der übrigen Warengruppen wirkten notwendige Ergänzungen der Lager bei den Verarbeitern zusammen mit Erwartungen einer Belebung durch die Frühjahrssaison, sowie

Erwägungen über die Entwicklung des Ost-West-Handels und eine Aufstockung der amerikanischen Rohstoffreserven zunächst nur stabilisierend. Seit Anfang März stand aber auch hier die Entwicklung fast eindeutig unter dem Einfluß einer Belebung.

Von einzelnen Teilmärkten ist zu berichten, daß sich die Kaffee-Preishausse im März in abgeschwächtem Maße weiter fortgesetzt hat. Die Kaffee- und Kakaopreisbewegungen der letzten Monate haben außerdem auch eine Erhöhung der Teepreisnotierungen — unterstützt durch Lageraufstockungen in England und vermutliche Verbrauchsverlagerungen — nach sich gezogen, so daß die Teepreise einen bisher noch nie verzeichneten Höchststand erreicht haben. Mit einem wesentlichen Preisrückgang wird bei der augenblicklichen Marktsituation für diese Genußmittel in den nächsten Wochen kaum zu rechnen sein, obwohl die Kaffeeversorgungs-lage nicht ganz so ungünstig zu sein scheint, wie zunächst vermutet wurde.

Auch an den Märkten für Fette und Öle zogen mit Ausnahme von Kopra die Preise im März nach einer vorübergehenden Abschwächung wieder leicht an. Im allgemeinen ist die Tendenz jedoch sehr schwankend.

<sup>1)</sup> Die Preise für Kaffee und Kakao sind innerhalb des letzten halben Jahres um mehr als 40 vH gestiegen.



Die Preisbewegung auf den Weizenmärkten verlief unter dem Einfluß der Preisstützungspolitik und der staatlichen Verknappungsmaß-

nahmen auf dem Binnenmarkt der USA sowie des starken Konkurrenzkampfes zwischen amerikanischem und kanadischem Weizen uneinheitlich.

Ähnlich wie der Weizenpreis wird auch der Baumwollpreis in den USA durch Stützungsmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Beileihungssätze und Gewährung von Krediten an Verarbeiter, auf einem hohen Niveau gehalten. Die innerhalb der letzten Wochen erhöhte Ausfuhrstätigkeit bei gleichzeitiger Kreditgewährung an ausländische Abnehmer sowie Meldungen über herrschende Dürre in Teilen des Anbaugebietes veranlaßten auch im März trotz starken Warenüberhangs eine weitere Festigung der Preisnotierungen.

Auch auf den Metallmärkten setzte sich eine Belebung durch, die allerdings weniger durch das saisonübliche Frühjahrsgeschäft als vielmehr durch Lagerpolitik und marktaktische Maßnahmen zu erklären ist. Trotz reichhaltiger Bestände und Produktionsüberschüssen an Zinn<sup>2)</sup> und Kupfer konnten hier einerseits die zögernde Marktbelieferung durch die Produzenten — die infolge günstiger Kreditsituation nur unter geringem Verkaufsdruck stehen — sowie andererseits der Zwang der Verarbeiter, infolge ihrer offenbar stark abgebauten Lager laufend am Markt zu bleiben, eine Preisfestigung bewirken. Erwartungen über das Zustandekommen des neuen Zinn-Regulierungsabkommens (das nach neuesten Meldungen allerdings recht zweifelhaft erscheint) sowie über eine Vergrößerung der strategischen Reserve in den USA haben zu einer weiteren Erhöhung der Zinnpreisnotierungen geführt. Auf dem Kupfermarkt wird das Verhalten Chiles einen bedeutenden Einfluß ausüben, nachdem die USA 100 000 sh-t für ihre Kriegsreserve von dort bezogen haben. Für beide, den Zinn- sowie den Kupfermarkt, ist die Lage in Zukunft ungewiß. Zunächst jedoch haben ihre Preisbewegungen auch die Notierungen von Blei und Zink mit sich gezogen. Überdies scheint die Ankündigung eines Planes zur Erhöhung amerikanischer Kriegsvorräte in gleicher Richtung gewirkt zu haben.

Wenn auch die herrschende Frühjahrssaison auf einigen Märkten noch weitere Preisverbesserungen erwarten läßt, so muß doch im allgemeinen die Lage als labil bezeichnet werden. Den Nachfragesteigerungen auf einigen Märkten steht Lagerabbau auf anderen Märkten gegenüber. Die Entwicklung der außenpolitischen Spannungen — mit ihrer Rückwirkung auf die Gestaltung des Ost-West-Handels und das „stockpiling“-System — sowie Veränderungen von Produktion und Konsum in den USA werden in nächster Zeit Einfluß auf die Weltrohstoffpreise ausüben.

<sup>2)</sup> Im Jahre 1953 betrug der laufende Produktionsüberschuß an Zinn 41 vH des Weltverbrauchs.

## Die Forstwirtschaftsbilanz Mitteldeutschlands

Der für die Erhaltung einer gesunden Forstwirtschaft wichtige Grundsatz, daß der Holzeinschlag den natürlichen Zuwachs nicht überschreiten soll, wurde in Deutschland schon seit dem Jahre 1934 nicht mehr beachtet. Der Einschlag betrug vor dem Kriege im Gebiet der heutigen Bundesrepublik etwa das Anderthalbfache<sup>1)</sup> des Zuwachses. Im mitteldeutschen Raum

überstieg der Einschlag den natürlichen Zuwachs im Jahre 1936 nur um ein knappes Fünftel, im Jahre 1939 um ein gutes Drittel<sup>1)</sup> und glied sich erst im Verlauf des Krieges den westdeutschen Zahlen an.

<sup>1)</sup> Wochenbericht des DIW, Jg. 1950, Nr. 46. — „Deutschland in Zahlen“, WWI Köln, Ausg., Jg. 1950, S. 199.

Nach dem Kriege wurde der Einschlag sowohl in der Bundesrepublik als auch in der SBZ nochmals beträchtlich gesteigert. Die Abholzung erreichte in beiden Gebieten im Jahre 1947 ihren Höhepunkt, in der Bundesrepublik mit ungefähr dem Zweieinhalbfachen<sup>1)</sup>, im mitteldeutschen Raum sogar mit beinahe dem Vierfachen<sup>2)</sup> des Zuwachses. Der Raubbau am deutschen Wald führte nicht nur zu einer immer stärkeren Verknappung gewisser Hölzer besonders in der SBZ, infolge des fehlenden Windschutzes traten in manchen Gegenden Mitteldeutschlands auch bereits ernste Störungen im Wasserhaushalt des Bodens ein.

Diese Lage in der Forstwirtschaft zwang dazu, in beiden Wirtschaftsgebieten den Holzeinschlag wieder mehr dem natürlichen Zuwachs anzupassen und ferner die Wiederaufforstung kahlgeschlagener Flächen ernsthaft zu betreiben. In der Bundesrepublik sollte durch Einschränkung der Reparationsausfuhren und verstärkte Einfuhr der Einschlag seit 1949 jährlich zurückgehen und im Forstwirtschaftsjahr 1952 mit 22,0 Mill. fm mit Rinde<sup>3)</sup> wieder im Rahmen des natürlichen Zuwachses liegen. Dies Ziel wurde nicht erreicht. Der tatsächliche Einschlag betrug im Jahre 1953 noch immer rd. 29 Mill. fm mit Rinde, also knapp ein Drittel mehr als der Zuwachs. In der SBZ wurde der regellose Einschlag im Bauernwald, der mit der Bodenreform eingesetzt hatte, und auch im Staatswald durch die Organisation von Waldgemeinschaften und später staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben einzudämmen versucht. Im übrigen sollte der Gesamteinschlag nach dem Gesetz über den Fünfjahrplan bis 1952 auf etwa 85 vH des Einschlages von 1950 herabgesetzt werden, ein angesichts des stark überhöhten bisherigen Einschlages absolut unzureichendes Programm.

Der derzeitige Holzbedarf der SBZ ist auf etwa 12 bis 14 Mill. fm mit Rinde zu schätzen. Er liegt damit etwa 5 bis 6 Mill. fm unter dem Höchststand von 1947, nachdem mit der Verbesserung der Kohlenversorgung der Brennholzbedarf geringer geworden ist und ferner die Exporte für Reparationszwecke stark zurückgegangen sind.

**Derzeitiger Holzbedarf in der SBZ**  
in Mill. fm mit Rinde

Sägeholz . . . . .	5,3 bis 5,6
Schwellenholz . . . . .	0,4 bis 0,5
Faserholz (für Zellstoff-Industrie) . .	2,0 bis 2,1
Faserholz (für Holzschliff) . . . . .	0,3 bis 0,4
Grubenholz für Erzbergbau . . . . .	0,5 bis 0,6
Grubenholz für Kohlenbergbau . . . .	0,4 bis 0,5
Rohholz-Export . . . . .	0,4 bis 0,5
Brennholz . . . . .	3,0 bis 4,0 <sup>4)</sup>
Nutzholz insgesamt . . . . .	12,3 bis 14,2

Der hier festgestellte Bedarf übertrifft bei weitem den Bedarf vor der Zeit des zweiten Weltkrieges, der 9,6 Mill. fm mit Rinde betrug, wovon damals rd. 2 Mill. aus Einfuhren stammten. Der Grund für die Überhöhung liegt neben dem gestiegenen Brennholzbedarf in den Anforderungen für Reparationen und sonstigen Export.

Der hohe Holzbedarf muß, da die angespannte Außenhandelsbilanz kaum Devisen für Holzimporte frei läßt — mit Ausnahme von bestimmten Edelhölzern —, ganz aus eigenen Einschlägen gewonnen werden.

**Rohholzeinschlag in Mitteldeutschland**  
nach vorgesehenen Verwendungsarten gemäß Plan für die Jahre 1949 — 1953  
in Mill. fm mit Rinde

	1949	1950	1951	1952	1953
Brennholz . . . . .	4,28	4,93	2,60	2,30	2,10
Faserholz . . . . .	1,44	2,07	2,45	2,32	2,42
Grubenholz . . . . .	0,96	1,06	1,70	1,40	1,51
Sonstiges Säge- u. Nutzholz . . . . .	7,20	6,51	7,25	5,88	6,17
Zusammen . . . . .	13,88	14,57	14,00	11,90	12,20

Die im Forstwirtschaftsplan festgelegten Mengen umfassen den kontrollierbaren Einschlag. Daneben laufen unkontrollierte Entnahmen, insbesondere an Brennholz, sowohl aus dem Staats- wie dem sog. „beumlagten“ Privatwald (Flächen bis zu 5 ha). Diese unkontrollierten Entnahmen können für 1951 auf rd. 3,5 Mill. und für 1953 auf etwa 2,6 Mill. fm mit Rinde geschätzt werden. Angesichts des bisher in Mitteldeutschland betriebenen Raubbaues wird man den jährlichen Zuwachs auf nur noch mit etwa 5 Mill. fm mit Rinde ansetzen können. Eine Verbesserung des ungünstigen Verhältnisses zwischen Einschlag und Zuwachs aber könnte nur durch Import erfolgen, der — wie erwähnt — zur Zeit infolge der ungünstigen Devisenlage und die besonders überhöhten Holzpreise auf dem Weltmarkt nicht möglich ist. Die Voraussetzungen für einen Ausgleich der Holzbilanz liegen in der Bundesrepublik wesentlich günstiger, da bei der derzeitigen Devisenlage Importmöglichkeiten an sich gegeben sind, gegen deren Ausschöpfung aber z. Zt. noch Preisgründe sprechen. Während jedoch in der Bundesrepublik relativ kurzfristig eine Änderung möglich wäre und der überhöhte Einschlag sich dem Zuwachs anpassen ließe, kann nach der Außenhandelsstruktur der SBZ zunächst mit einer Verbesserung kaum gerechnet werden.

<sup>2)</sup> Wegen der unkontrollierten Entnahmen an Holz geschätzt. — „Deutschland in Zahlen“, WWI Köln, Ausg. 1950 stellt über das Dreieinhalbfache fest.

<sup>3)</sup> Nach neueren Schätzungen im Gegensatz zu vorher 18,8 Mill. fm.

<sup>4)</sup> Vor dem zweiten Weltkrieg bei einer Bevölkerung von 15,2 Millionen Einwohnern etwa 2,5 Mill. fm, heute durch den schlechten Stand der Kohlenversorgung überhöht.

*Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 23. 4. 1954.*

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.  
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.  
*Wissenschaftlicher Beirat:* Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2  
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany  
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —



